



Joachim Poß

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Vorsitzender
der SPD-Bundestagsfraktion

Rede von Joachim Poß zum Frühlingsempfang beim Ortsverein Bismarck

21. April 2013

Es gilt das
gesprochene Wort!

Vielen Dank für die Einladung, hier sprechen zu dürfen.

Für die SPD ist dieses Jahr ein ganz besonderes.

Denn die deutsche Sozialdemokratie feiert in diesem Jahr ihr 150-jähriges Bestehen.

150 Jahre kämpfen und streiten für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Keine Partei ist älter und keine Partei hat soviel mitgemacht wie die SPD.

Ein bewegendes Ereignis und Grund zur Freude!

Die SPD Gelsenkirchen hat aus Anlass dieses Jubiläums auch ihre eigene Geschichte in einer Ausstellung dargestellt, die heute hier zu sehen ist. Beim Betrachten dieser Tafeln wird uns noch einmal bewusst, wie eng Entstehung und Aufstieg der Sozialdemokratie in Gelsenkirchen mit dem Bergbau und der Bergarbeitergewerkschaft verbunden waren. Es ist daher kein Zufall, dass wir in diesem Jahr auch an die Gründung des Bergwerks Consolidation erinnern, das ebenfalls vor 150 Jahren entstand. Dieses Bergwerk hat nicht nur die Stadtteile Schalke und Bismarck mit seinen Schächten geprägt, sondern war der entscheidende Motor der Industrialisierung für die gesamte Stadt Gelsenkirchen.

Im Stadtteil Bismarck spiegeln sich auch aufgrund dieser Geschichte viele der zentralen Themen, mit denen sich die SPD – insbesondere die SPD im Ruhrgebiet – im Laufe der vergangenen Jahrzehnte auseinandersetzen musste.

Das reicht von den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Industriearbeiterschaft bis zu den Folgen des Strukturwandels, die hier in Bismarck z. B. deutlich werden an der Wandlung des Consol-Geländes zur Kultur- und Freizeitstätte und am Neubaugebiet Graf Bismarck.

Die Solarsiedlung veranschaulicht die wachsende Bedeutung der erneuerbaren Energien. Der große Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund stellt die Stadtgesellschaft vor neue Integrationsaufgaben, die vom Ortsverein Bismarck durch die aktive Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen und neue Veranstaltungsformen in beispielhafter Weise angegangen werden.

So habt Ihr auch gerade hier in Bismarck allen Grund eine lange und erfolgreiche Parteigeschichte zu feiern.

Einen Grund zur Freude und zum Feiern werden wir, da bin ich sehr zuversichtlich, auch am 22. September haben, wenn Schwarz-Gelb endlich abgewählt ist. Wir werden unser Jubiläum krönen, indem wir wieder den Bundeskanzler stellen.

Mit **Peer Steinbrück** haben wir einen kompetenten Politiker, nicht nur für Fragen der Finanz- und Wirtschaftspolitik, also jemanden, der für die Herausforderungen unserer Zeit bestens gewappnet ist.

Die **Finanzpolitik** wird uns auch in der nächsten Legislaturperiode ganz besonders beschäftigen. Die Krise im Euroraum ist auch im fünften Jahr nach ihrem Ausbrechen noch nicht überwunden.

Die Methode Merkel, mit diesem Problem umzugehen, bestand aus **Durchwursteln und Taktieren**. Bei der **Krisenpolitik zu Zypern** ist das besonders deutlich geworden. Das erste Rettungspaket und die Kommunikation darüber waren geradezu dilettantisch. Der erste Vorschlag, auch die **Kleinsparer** an den Kosten der Rettung zu beteiligen, hat nachhaltig Vertrauen in ganz Europa zerstört. Herr Schäuble und Frau Merkel hätten das verhindern können und müssen. Stattdessen wurde im Nachhinein der schwarze Peter anderen zugeschoben.

Letztlich konnten wir als SPD durch stetigen Druck zentrale Forderungen bei der Endversion des Zypern-Rettungspaketes durchsetzen: die Gläubiger werden beteiligt und es werden Maßnahmen gegen Geldwäsche und Steuerbetrug ergriffen. Deswegen konnten wir dem Paket dann auch gestern im Bundestag zustimmen.

Uns muss klar sein: Gerade **für Arbeitsplätze in Deutschland** – auch in NRW – steht viel auf dem Spiel. Wir sind dringend an der **Stabilisierung der Währung und der Wirtschaft im Euroraum** interessiert.

Klar ist auch, die Verantwortung liegt in erster Linie bei den südeuropäischen Ländern. Mit dem schieren Absenken von Löhnen und Renten wird aber auch das Wachstum beschädigt. **Ohne Wachstumsimpulse und eine ordentliche Besteuerung von Reichen und Superreichen kommen Griechenland und andere Länder nicht auf die Beine**. Hier zeigt sich, was es bedeutet, wenn Staaten nicht handlungsfähig sind. **Wir stehen für den handlungsfähigen Staat**.

Wichtige Initiativen für mehr Wachstum und Beschäftigung hat die Regierung Merkel jahrelang ebenso blockiert wie die **Finanztransaktionssteuer**, mit der die Spekulanten an der Finanzierung der Lasten beteiligt werden sollen. Erst auf Druck der SPD konnte hier ein Durchbruch erzielt werden.

Für die **Risiken auf den Finanzmärkten** müssen die Akteure, die Banken und Spekulanten, unter Einbeziehung der Schattenbanken und Hedgefonds, selbst einstehen und haften, nicht die Steuerzahler. Die Bankenabgabe reicht nicht.

Dazu gehört eine Reform der **Bankenaufsicht**, das Verbot hochgefährlicher Geschäfte, die Kontrolle von Ratingagenturen und vieles andere mehr.

Auch im Jahr fünf der Krise fällt die **Bilanz der Regierung Merkel** hier erschreckend dürrftig aus. Pünktlich zum Wahlkampf hat Herr Schäuble das Thema der Bankenregulierung für sich entdeckt, wo vorher nur Zögern und Zaudern war. Dieses Verhalten ist mehr Taschenspielertrick als ein ernsthafter Versuch, sogenannte systemische Risiken zu senken und nicht alle Verantwortung auf den Steuerzahler abzuwälzen.

Peer Steinbrück hat schon im Oktober ein Konzept vorgelegt, in dem er sich u.a. für die Trennung von Investmentgeschäft und klassischem Bankgeschäft ausspricht. **Merkel und Schäuble wollen uns das Thema klauen, nicht unbedingt das Problem lösen.**

Das ist der CDU. Das ist sprachliche Anpassung: allgemeines Reden über Mindestlohn, Frauenpolitik etc., dem aber keine Umsetzung in entsprechende politische Beschlüsse folgt.

Gemäß des Lieblingsmottos von Frau Merkel: „**Gut geklaut ist halb gewonnen.**“ Das war schon in der Großen Koalition so.

Wir Sozialdemokraten stehen für eine **Bändigung des Finanzkapitalismus** und die Abschaffung des perversen **Boni-Systems**. Die Geldgier in der Finanzindustrie darf nicht wieder die Weltwirtschaft an den Abgrund führen.

Das gilt auch für Länder in der EU bzw. Eurozone, die ihr Geschäftsmodell auf **Steuerdumping** und einen **überdimensionierten Finanzsektor** aufgebaut haben. Zum einen birgt ein widernatürlich aufgeblähter Finanzsektor große ökonomische Risiken. Zum Anderen ist es im Interesse aller ehrlichen Steuerzahler, dass **Steueroasen transparent gemacht und trocken gelegt werden.**

Denn es kann nicht sein, dass sich multinationale Konzerne und Großanleger mithilfe dieser Länder zu einem großen Teil ihrer Steuerpflicht entziehen!

Auch das trägt dazu bei, dass die Menschen das Gefühl haben, etwas ist aus dem Lot.

Angesichts der Bilanz von Merkel und Rösler ist das auch kein Wunder.

Die **Markenzeichen dieser Bundesregierung sind Inkompetenz, soziale Ignoranz und Klientelpolitik auf Kosten des Landes.**

Zum Beispiel Merkels Steuergeschenke für Hoteliers und Erben. Das sind dann auch die Einzigen, bei denen das „Mehr Netto vom Brutto“-Versprechen dieser Koalition eingelöst wurde.

Parteipolitik auf Kosten der Vielen.

Gleichzeitig ist das immer wieder propagierte Ziel des **Schuldenabbaus** aus dem Blick geraten. Ganz im Gegenteil: Trotz gutem Wirtschaftswachstum und hohen Einnahmen hat Schwarz-Gelb 100 Milliarden Euro neue Schulden gemacht.

Kein Wunder, wenn allein zwei Milliarden Euro an Steuergeld für das unsägliche **Betreuungsgeld** verschwendet werden bei gleichzeitigem kräftigen **Griff in den Sozialhaushalt.**

Das sind die Dinge, die unsere Gesellschaft spalten.

Bei der Regierung Merkel allerdings stoßen solche **gesellschaftspolitischen Fehlentwicklungen** auf wenig Interesse.

Die schwarz-gelbe Koalition steht auch für Chaos in der **Energiepolitik**. Die hat begonnen mit dem Ausstieg aus dem Ausstieg bei der Atomenergie. Bei so vielen **Rollen rückwärts von Frau Merkel** ist nicht nur mir schwindelig geworden. Es folgte ein Stolpern in die Energiewende, eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Zurück bleiben verlorenes Vertrauen, steigende Preise und Konzeptlosigkeit.

In der Arbeitsmarktpolitik betreibt Schwarz-Gelb **Lohndumping zu Lasten des Steuerzahlers**. Anstatt den längst überfälligen **flächendeckenden Mindestlohn** einzuführen, wird mit der Lohnuntergrenze getäuscht und getrickst.

Millionen von Arbeitnehmern, die unter 8,50 Euro in der Stunde verdienen, werden im Regen stehen gelassen. Letztlich muss der Steuerzahler einspringen, indem er diese Löhne, die zum Leben nicht reichen, durch Sozialtransfers subventioniert.

Schwarz-Gelb steht für eine **Arbeitsmarktpolitik, die diejenigen allein lässt, die am meisten Hilfe benötigen**. Das spüren besonders die jungen Menschen und Langzeitarbeitslosen in Gelsenkirchen.

Wir wollen **gute Arbeit und faire Löhne, gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Männern und Frauen und ein Ende des Missbrauchs von Leih- und Zeitarbeit**.

Schwarz-Gelb betreibt **Kahlschlag bei Städtebau und sozialer Stadt**. Auf Kosten der Kommunen und in erster Linie der Menschen, die darin leben, wurde die Förderung städtebaulicher Maßnahmen um **ganze 20 Prozent gekürzt**. Besonders schmerzhaft sind dabei die Einschnitte im Programm „Soziale Stadt“.

Hier in Bismarck wisst Ihr aus zehnjähriger Erfahrung mit diesem Programm, wie viele wichtige Entwicklungen mit Mitteln aus solchen Programmen angestoßen werden können.

Bei der **Krankenversicherung** hat Schwarz-Gelb – fast unbemerkt von der Öffentlichkeit – das Solidaritätsprinzip im Gesundheitswesen abgeschafft und Kostensteigerungen im Gesundheitssystem einseitig auf Beschäftigte und Rentner abgewälzt. Derzeit wird das noch verdeckt durch eine günstige wirtschaftliche Entwicklung. Aber die **Weichenstellungen sind erfolgt: Für einen Systemwechsel weg von der Solidarität!**

Die SPD will die **Bürgerversicherung** für alle, damit die **Zwei-Klassen-Versorgung** endlich beendet wird. Die Arbeitgeber sollen wieder den gleichen Beitrag leisten wie Beschäftigte und der **Zusatzbeitrag** wird abgeschafft.

Die gesamte Regierungszeit Merkel/Rösler war beherrscht von Dauerstreit und Chaos über praktisch alle Fragen. Streit ums Betreuungsgeld, Hick-Hack um die Praxisgebühr und Gezanke um die Rente.

Interessanterweise machen viele Menschen und die Medien die Hauptverantwortliche, Frau Merkel, nicht verantwortlich: **Frau Merkel ist die Teflon-Kanzlerin, an der alles abperlt!**

So etwas gab es noch bei keinem Regierungschef.

Es ist an der Zeit, dass die Regierung Merkel abgelöst wird. Wir brauchen eine andere Politik mit einer klaren Ausrichtung: **Die Menschen müssen im Mittelpunkt stehen.**

Wir wollen statt Klientelpolitik und Verschwendung von Steuergeldern **solide Staatsfinanzen als Grundlage zur Finanzierung wichtiger Zukunftsaufgaben** wie Bildung, Familie, Infrastruktur und eine bessere Finanzausstattung unserer Städte und Gemeinden.

Wir wollen für unser Land wirtschaftlichen Erfolg und sozialen Fortschritt. Keine von Lobbyisten gelenkte Republik, in der der Graben zwischen Arm und Reich immer tiefer wird!

Der Wahlkampf wird hart.

Die Erfahrung unserer **150-jährigen Geschichte** zeigt, dass alles immer wieder neu erkämpft und gesichert werden muss. Manche Erscheinungen heute auf dem Arbeitsmarkt, wie die Vielzahl an prekären Beschäftigungsverhältnissen, erinnern mich an den Manchester-Kapitalismus, die Zeit als der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet wurde.

Bei allen Schwächen und Fehlern, in ihren 150 Jahren stand die SPD immer auf der richtigen Seite:

- gegen Ausbeutung und Diktatur
- für die Freiheit und die Rechte der Menschen
- für die Gleichstellung der Frauen und
- für eine solidarische Gesellschaft.

Die Leistung unserer politischen Vorfahren, ihre politische Leidenschaft, sollte uns ermuntern, den Regierungswechsel herbeizuführen.

Wir Sozialdemokraten stehen für eine moderne, ökologisch verträgliche Industriepolitik und einen modernen Sozialstaat.